Nummer 530

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

76. Jahrgang

Verantwortliche Leiter Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jäger. Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Kastner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 76. Jahrgang Mittwoch, 12. November 1930

Ein bedenkliches Verfahren.

Professor Sinzheimer, einer der drei Schiedsrichter für den Lohnstreit in der Berliner Metallindustrie, hat sich bewogen gefühlt, sich im „Vorwärts" wegen seiner Tätigkeit im Schiedsgericht zu rechtfertigen. Er erklärt dort, daß er die Lohnsenkung nicht billige, aber dem Schiedsspruch habe zustimmen müssen, weil er nur so habe verhindern können, daß der Lohnabzug von acht Prozent sogleich in Kraft trat.

Es soll uns nicht kümmern, was die Gewerkschaften, deren Vertrauensmann Professor Sinzheimer war, zu dieser Rechtfertigung sagen. Sie werden vielleicht der Meinung sein, daß die Hinausschiebung des vollen Lohnabzuges um sieben Wochen wenig bedeute und jedenfalls in keinem Verhältnis zu der Tatsache stehe, daß Sinzheimer als Sozialdemokrat und Vertrauensmann der Arbeitnehmer überhaupt der Lohnsenkung zugestimmt hat. Ueber den inneren Wert dieses Rechtfertigungsversuchs soll also hier kein Wort gesagt werden.

Es ist jedoch bedenklich, daß Professor Sinzheimer mit dieser Erklärung die Vertrauenlichkeit der Beratungen des Schiedsgerichts durchbricht. Er wird sich damit verteidigen können, daß es sich in diesem Falle um keine Schlichterkammer, sondern um ein besonderes Schiedsgericht handelt. Aber diese Verteidigung ist nicht durchschlagend. Für Schlichterkammern und Schlichtungsausschüsse besteht die Vertraulichkeit der Beratung, und sie hat ihre guten Gründe. Die Unparteiischen oder Beisitzer sollen in voller Unbefangenheit ihre Stimme abgeben können und nicht befürchten müssen, wegen ihrer Entscheidung angegriffen zu werden. Diese Vertraulichkeit der Beratungen ist eine Voraussetzung der sachlichen Behandlung des Streitfalles. Diese Gründe bestehen auch für ein Schiedsgericht, wie es in diesem Falle eingesetzt war, und was für die Schlichtungskammern und Schlichtungsausschüsse gilt, muß auch für ein solches Schiedsgericht gelten. Darüber hat sich Professor Sinzheimer hinweggesetzt. Das ist sehr bedenklich. Die beiden andern Mitglieder des Schiedsgerichts können in Sinzheimers Verhalten mit Recht eine Unanständigkeit erblicken, die nicht darum milder zu beurteilen ist, weil Sinzheimer offenbar geglaubt hat, die Angriffe aus seinem Parteilager auf diese Weise von sich ablenken zu können. Dieses Verfahren kann Herrn Sinzheimer nicht empfehlen!

N.

Entspannung in Thüringen.

Kompromißmöglichkeiten für die Deutsche Volkspartei.

TU Weimar, 12. November.

Die Fraktionsführer der Regierungsparteien hielten am Dienstag abend mit den drei Ministern eine Sitzung ab, die zu einer Entspannung der Krise geführt zu haben scheint. Nur die Frage der Besetzung des Ministerialdirektorpostens im Innenministerium, für den Minister Dr. Frick den wirtschaftsparteilichen Abgeordneten, Ministerialrat Gerstenhauer, vorgesehen hat, ist zu klären. Für die Deutsche Volkspartei ist diese Kandidatur untragbar. Dem Vernehmen nach wird nun erwogen, den Ministerialdirektorposten zunächst überhaupt nicht zu besetzen, so daß der Volkspartei die Möglichkeit einer Unterstützung des Vertrauensantrages gegeben sein würde. Man ist also auf dem Wege, eine für alle Teile tragbare Formel zu finden, durch die eine Auflösung des Landtages vermieden werden könnte. Die letzte Entscheidung fällt am Freitag im Landtag.

In der gestrigen Landtagssitzung kam es wieder zu scharfen Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Als ein sozialdemokratischer Abgeordneter auf den „Verrat von Südtirol" durch Hitler zu sprechen kam, sprang der Fraktionsführer der Nationalsozialisten, Sauckel, von seinem Platz auf, begab sich zur Saaltür und forderte den Redner auf, mit ihm herauszukommen, um draußen „abzurechnen". Der Präsident schloß den Abgeordneten Sauckel darauf von der Sitzung aus.

Wiederbeginn des Landtags.

Nach mehrtägiger Pause

nahm heute mittag der Preußische Landtag seine Plenarsitzungen wieder auf. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Dr. Ausländer (Komm.) die sofortige Ueberweisung eines kommunistischen Antrages auf Veröffentlichung des Vertragsentwurfs mit den evangelischen Kirchen an einen Ausschuß. Da die Sozialdemokraten der Ausschußüberweisung mit der Begründung widersprachen, daß der kommunistische Antrag die Disposition des Staatsministeriums zerstören würde, konnte dem kommunistischen Verlangen nicht stattgegeben werden.

In Erledigung der Tagesordnung wurden zunächst Anträge des Hauptausschusses angenommen, die eine Prüfung der Ueberschußmöglichkeiten auf Helgoland und Notstandsmaßnahmen für die vom Unwetter geschädigten Gebiete Nassaus, des Kreises Wetzlar und im Regierungsbezirk Stade verlangen. Es folgte die Beratung eines vom Hauptausschuß vorgelegten Hilfsaktionsprogramms zur

Beseitigung der Hochwasserschäden,

die in den Provinzen Ober- und Niederschlesien, Brandenburg, Grenzmark Posen-Westpreußen und Pommern entstanden sind. Abg. Meyenthin (Dep.) und Abg. Stünzner (Natl.) berichteten über die Ausschußbeschlüsse.

— **Der Haushaltausschuß des Reichstages** tritt heute um 15 Uhr zusammen, um sich mit den vorliegenden Anträgen auf Aufhebung bzw. Abänderung der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 zu beschäftigen.

Eröffnung der Indienkonferenz.

Die Ansprache des Königs.

In Anwesenheit Königs Georg V. wurde am Mittwoch mittag im Oberhaus die englisch-indische Konferenz feierlich eröffnet. Für den König war ein besonderer Thron errichtet worden. Rechts davon nahmen die Fürsten Indiens Platz. Zur Linken des Thrones sah man die Vertreter Englands sowie Mitglieder der verschiedenen politischen Parteien. Die Plätze gegenüber dem Throne waren von den Vertretern Britisch-Indiens besetzt. Ferner waren die Gouverneure der indischen Provinzen sowie die Ministerpräsidenten der Dominien anwesend.

Nach der Begrüßung durch Ministerpräsidenten Macdonald hielt

der englische König die Eröffnungsrede.

Er freue sich, so führte der König aus, in der Hauptstadt seines Reiches die indischen Fürsten und Volksvertreter willkommen zu heißen. Mehr als einmal hätten englische Herrscher historische Versammlungen auf indischem Boden einberufen, aber noch niemals hätten britische und indische Staatsmänner und Herrscher indischer Staaten zusammen an einer Konferenz teilgenommen, wie das jetzt geschehe, um über die Zukunft Indiens zu beraten. Der König sprach alsdann vom verfassungsmäßigen Fortschritt in Indien und von der Notwendigkeit, Vorkehrungen für die Zukunft zu treffen.

Man müsse versuchen, in dieser Konferenz am runden Tisch die großen Probleme zu lösen. Die Gemeinsamkeit der Interessen müsse über allem stehen, und er hoffe, daß die Verhandlungen von dem Geist der Verständigungsbereitschaft beherrscht sein möchten.

Nachdem Macdonald die Wahl zum Vorsitzenden angenommen, eröffnete er nach einer von der Versammlung mit Beifall aufgenommenen Ergebenheitsadresse an den König die Verhandlungen. Macdonald, der in seiner Rede unterließ, auf die einzelnen Probleme einzugehen, die erst im Verlaufe der Verhandlungen zu besprechen und zu überwinden sein würden, erklärte: Wir stehen vor dem Beginn einer neuen Geschichte. Die Könige Englands und die indischen Staatsleute hätten von Zeit zu Zeit deutlich zum Ausdruck gebracht, daß Indien sich auf die Selbstregierung vorbereitet habe. Eine solche Entwicklung hat lange Zeit nötig. Die Konferenz sei zusammengetreten, um in einem Abkommen die Tatsache anzuerkennen, daß Indien in seiner konstitutionellen Entwicklung einen gewissen Punkt erreicht habe.

An der damit eingeleiteten Konferenz

nahmen 86 Delegierte teil,

nämlich 57 Delegierte aus Britisch-Indien, 16 Delegierte der autonomen indischen Staaten und 13 Vertreter Großbritanniens. Unter letzteren befinden sich Premierminister Macdonald, Henderson, Wedgwood Ben, Lord Reading und Lord Peel. Die indischen Kongreßparteien beteiligen sich bekanntlich nicht an der Konferenz.

In der Londoner Presse wird in langen Leitartikeln auf die außerordentliche Bedeutung der Round-Table-Konferenz hingewiesen, die an Wichtigkeit die nun zu Ende gehende Weltreichskonferenz bei weitem übertrifft; immer wieder klingt heraus, daß ein Mißerfolg schon angesichts des jetzigen gespannten Verhältnisses zwischen Indien und England äußerst verhängnisvoll sein würde.

„Times" glaubt, daß die Konferenz unter Bedingungen eröffnet wird, die in Downing Street eine hoffnungsvolle Stimmung hervorrufen; allerdings rechnet man auch in amtlichen Kreisen nicht unbedingt damit, daß die Arbeiten vor Weihnachten beendet sein werden. Die erste Aufgabe, die in Angriff genommen werden soll, wird in der Entscheidung darüber bestehen, ob die weitere Entwicklung Indiens sich in Richtung auf einen Staatenbund hin bewegen soll.

Warnung an Brasilien!

Die Beschießung der „Baden" und die Schadenersatzpflicht der brasilianischen Regierung.

Nach New Yorker Meldungen aus Rio de Janeiro soll ein brasilianisches Schiedsgericht, dem die Untersuchung des Zwischenfalls mit dem deutschen Dampfer „Baden" übertragen worden war, festgestellt haben, daß „die brasilianischen Behörden völlig schuldlos seien und die ganze Schuld den Kapitän des Dampfers treffe".

Sollten diese amerikanischen Meldungen zutreffen, so müßte man das Verhalten der neuen brasilianischen Regierung auf das schärfste verurteilen. Steht es doch einwandfrei fest, daß der Kapitän des Dampfers „Baden" sowohl die ordnungsgemäß vom Hafenkapitän ausgestellte Erlaubnis zur Ausfahrt gehabt wie auch beim Passieren der Forts ordnungsgemäß die Flagge gezeigt hat. Es steht weiter fest, daß die Beschießung des Dampfers ohne jede Warnung erfolgt ist und daß schon der erste Schuß auf dem Dampfer ein furchtbares Blutbad angerichtet hat.

Wenn die brasilianische Regierung trotzdem die Dinge auf den Kopf stellen und dem Kapitän der „Baden" die ganze Verantwortung zuschieben sollte, so könnte man sich ein solches Verhalten nur aus dem Bestreben der brasilianischen Regierung erklären, sich ihren Wiedergutmachungs- und Schadensverpflichtungen zu entziehen. Es braucht wohl kein Wort weiter darüber verloren werden, daß ein derartiges Manöver in der ganzen deutschen Oeffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung entfachen und ganz zwangsläufig die Forderung an die deutsche Regierung auslösen müßte, nun ihrerseits mit Repressalien gegen das brasilianische Revolutionskabinett vorzugehen.

Die Preissenkungsaktion der Regierung.

Verhandlungen mit dem Obst-, Gemüse- und Milchhandel.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, setzt sich der, gestern im Reichskabinett gebildete Preissenkungssonderausschuß zusammen aus dem Reichskanzler, dem Reichsfinanzminister, dem Reichsernährungsminister, dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsarbeitsminister, sowie dem preußischen Handelsminister. Die Verhandlungen mit den verschiedenen Spitzenorganisationen des Lebensmittelhandels werden fortgesetzt. Augenblicklich schweben Verhandlungen wegen einer Herabsetzung der Obst- und Gemüsepreise, ferner über eine weitere Herabsetzung der Milchpreise. Von einer angeblichen Weigerung der Berliner Milchfirma Bolle sowie der Stadtgüter G. m. b. H., sich an die bereits vorgestern vereinbarte Herabsetzung des Milchpreises um einen Pfennig pro Liter zu halten, ist dem Reichsernährungsministerium nichts bekannt. Das Ernährungsministerium weist allerdings darauf hin, daß die beiden erwähnten Firmen zu den Verhandlungen mit den Berliner Milchhandelsverbänden am Montag nicht zugezogen gewesen seien. Es werde aber mit ihnen nunmehr heute nachmittag verhandelt werden und es sei zu erwarten, daß auch sie sich der Preisherabsetzung anschließen werden. Was die Berliner Fleischer betrifft, so haben diese heute nochmals dem Reichsernährungsministerium die lojale Durchführung der Vereinbarungen versprochen. Das gleiche gilt für das Bäckergewerbe, während das **Reichsernährungsministerium allerdings gezwungen ist, das Verhalten der Berliner Brotfabriken als einen „Verstoß gegen Treu und Glauben" zu kennzeichnen.**

Brotpreis ab morgen in Berlin: 46 Pfennig.

Bäckereien geschlossen gegen Brotfabriken.

B.S. Vom Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlin wird mitgeteilt, daß entsprechend einem bindenden Beschluß von Donnerstag, den 13. November ab in allen Berliner Bäckereien ein Brot im Gewicht von 2½ Pfund zum Preise von 46 Pfennig verkauft wird. Der Verband geht gegen jeden Bäcker, der etwa einen höheren Preis verlangen oder ein geringeres Gewicht beim Brot verkaufen sollte, mit den schärfsten Mitteln vor.

Wie wir erfahren, ist dieser Beschluß zustande gekommen auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der Vertrauensleute des Berliner Bäckereigewerbes. Die Preisfestsetzung, die vom Donnerstag an in Kraft tritt, bedeutet eine **offene Kampfansage an die Brotfabriken, die bekanntlich an einem Preise von 48 Pfennig festhalten wollen.** Es läßt sich schon jetzt übersehen, daß durch das Vorgehen der Bäckermeister die Brotfabriken in sehr kurzer Zeit gezwungen werden dürften, sich dem Vorgehen der Kleingewerbetreibenden anzuschließen.

Nach dieser Sitzung im Ernährungsministerium ist es zwischen den Vertretern der Bäcker und der Brotfabriken dann zu sehr scharfen Auseinandersetzungen gekommen, da die Brotfabriken ihren kleineren Konkurrenten „offenen Verrat" vorwerfen. Da auch die Konsumvereine für das Brot jetzt einen Preis von 46 Pfennig verlangen, so ist vorauszusehen, daß die Brotfabriken auch in kürzester Zeit ihre Verkaufspreise um weitere 2 Pfennige senken müssen.

Psychologie des heutigen Frankreich

Rentnergeist und Imperialismus.

Der französische Staat und das französische Volk gewinnen in den Augen aller derer, die nicht wie Belgien, Polen, die Tschechoslowakei u. a. von ihm abhängig und zu Dank verpflichtet sind, immer mehr die Geltung eines gefährlichen Störenfriedes und Verhinderers neuer europäischer Aufbauarbeit.

Wenn Frankreich trotzdem seinen chauvinistischen und imperialistischen Weg gigantischer Rüstungen, anmaßender Intransigenz und skrupelloser Ausbeutung des Versailler Friedensvertrages weiter gehen konnte, so deshalb, weil seine Macht- und Traditionsprestige bei vielen weniger beteiligten Völkern noch immer wirksam ist, während Deutschland infolge seiner zwangsweisen Entwaffnung keine Machtopposition treiben kann, England durch viele andere Sorgen und Interessen behindert ist, Sowjetrußland sich selbst aus dem Kreise der europäischen Nationen ausgeschaltet hat und das aufstrebende junge Italien sich noch immer im Stadium der Kräftesammlung und Vorbereitungen befindet. Immerhin leiden feinfühligere Franzosen heute schon unter der Wahrnehmung der „Isolierung" und manchmal sogar unter dem „Cauchemar" künftiger Koalitionen, ohne daß sie aber die überwiegende Mehrheit ihrer Landsleute von den Gedanken- und Gefühlsgängen eines radikalen Nationalismus und einer ständigen gereizten Mobilmachungsstimmung abbringen können.

Diese Gesamterscheinung im heutigen Frankreich ist für die europäische Zukunft nicht nur sehr gefährlich, sie ist auch für Viele unverständlich und unheimlich oder zeitigt Mißverständnisse, die dann die Bildung einer einheitlichen Abwehrfront erschweren.

Wenn man die psychologischen Hintergründe der französischen Nachkriegsmentalität verstehen will, besonders auch den anscheinend hysterischen Schrei nach „Sicherheit", muß man auf den Grundcharakter des französischen Bürgertums zurückgehen, der durch ein traditionelles Rentnerdasein und Rentnerideal — in bescheidenem, aber seit Generationen festgelegtem Rahmen — geprägt wird.

Dieser französische Rentnerbürger ist gleichzeitig seit den Zeiten der Jeanne d'Arc ein glühender Patriot, und diese beiden Eigenschaften füllen Leben und Seele aus, verschmelzen in bewegten Krisenzeiten zu einer unlösbaren fanatischen Einheit.

Für die heutigen Franzosen ist solche Verschmelzung durch den vierjährigen Weltkrieg, der ja auch vierjährige Besetzung französischen Bodens brachte, erfolgt, und sicherlich haben die verschiedenen Beobachter, die noch immer einem nachwirkenden Grauen bei der Erinnerung an jene Zeit begegnen, nicht unrecht. Aber daneben hat sich, als wider Erwarten das gewaltige Ringen durch fremde Hilfe mit dem Siege der Alliierten, d. h. Frankreichs endete, jene Verbindung des nationalen Furor und des eingeborenen Rentnerideals zu einer ausgesprochenen Siegerpsychose gesteigert, die einmal durch dauernde Niederhaltung des deutschen Feindes die Wiederkehr von Erlebnissen, wie 1914—1918, für immer unmöglich machen und dann aus dem unerhörten Versailler Tributdiktat dem französischen Volke eine feste Rente auf Generationen hinaus sicherstellen will.

Dies ist der letzte Sinn des Rufes nach „securité". Er ist heute noch ungeschwächt, nachdem vor Jahren das französische Bürgertum die Sorgenzeit einer Inflation hat durchmachen müssen, die dann — hauptsächlich dank der energischen Sanierungspolitik Poincarés — durch eine Wirtschaftsblüte abgelöst wurde, die wiederum Frankreich eine begünstigte Sonderstellung in Europa verleiht.

Die überwiegende Menge des französischen Volkes fühlt sich also heute nach den Grauen und Gefahren des Krieges als die „beati possidentes" und setzt alles daran, jede noch so schwere Rüstungsprämie an persönlichen Opfern und finanziellen Lasten zu tragen, um diese Vorzugsstellung für immer zu sichern.

Um die Gesamthaltung der französischen Nation in der Nachkriegszeit zu erfassen, kommen aber nun noch andere Momente hinzu. Da ist besonders die junge französische Industrie zu nennen, die schon in den letzten Jahren vor 1914 durch die weitblickende Initiative einzelner Männer und Gruppen auf den Konservatismus des französischen Wirtschaftslebens, der eben mit dem Rentnerideal verbunden war, Einfluß zu gewinnen versuchte und dabei einen besonderen Antrieb durch die verwehrten französischen Kolonialinteressen, besonders in Marokko, erhielt. Diese französischen Industriekreise mit den Blicken auf Eisen und Kohle im Saar- und Ruhrgebiet und die Kalifelder im Elsaß sind durch die Jahrzehnte von vor dem Kriege bis heute die Hauptexponenten der französischen Aggressivität gewesen, indem sie ihren Machtbereich auf die Staatspolitik ausdehnten und die Wortführer jenes französischen Patriotismus und Rentneregoismus wurden.

Frankreichs doppelter Anspruch, aus dem Versailler Tributdiktat sich eine Ewigkeitsrente zu sichern und gleichzeitig durch seine Rüstungen und sein östliches Vasallensystem Europa zu tyrannisieren, wird diesem Europa früher oder später so unerträglich werden daß die latente Isolierung Frankreichs, die sich schon heute anbahnt, eines Tages zur Isolierung gegenüber einer durch gemeinsame Abwehrinteressen zusammengebrachten Koalition führen muß. Dann würde sich also auch für das heute